Berlin, 28. November 2026
75. Reform zum Unterhaltsvorschuss nur noch für Erziehungsberechtigte, die weniger als 40 Tausend Euro verdienen.

Wer Aaaahhhh sagt, muss auch bezahlen!

Unterhalt ist Ehrensache!

Steuergeld ist euer Geld!

Liebe Alleinerziehende, liebe Single Parents,

Frau – Leben – Freiheit!

wir, das A-Team von der Weltzeituhr, begrüßen Alleinerziehende herzlich im Namen unseres Vereins, dem […] Internationaler Tag Alleinerziehender […] e. V.. Ich heiße Wendula Strube und wir informieren Sie seit 2019 über politische Themen in Bezug auf Alleinerziehende .

Gemälde von Otto Dix



Nach der Bundestagsreform ist klar, die Leidtragenden aller „Reformen“ sind nicht etwa Beamte, Politiker und Selbstständige, die in die Sozialkassen einzahlen müssten. Es sind wieder nur die Schwächsten der Gesellschaft, an die sich die Regierung abarbeitet. Kinder, Rentner, Behinderte, Jugendliche und Alleinerziehende. Sie müssen für den Krieg in der Ukraine und für den Reichtum der Waffenlobby bluten! Politiker wissen genau, dass diese Personen keine Kraft, Lobby oder Zeit haben, um sich zu positionieren und sich dagegen zur Wehr zu setzen. Sie finden kaum Gehör in der Gemeinschaft, weil sie nicht sonderlich glänzen. Hier wird gekürzt, was das Zeug hält. Immer auf die Schwächsten. Resultieren kann diese Moral womöglich daraus, dass drei Bundeskanzler, über einen Zeitraum von ***27 Jahren*** in Folge, kinderlos waren. Familienidentität lebten sie nicht vor, vielmehr hat Kanzler Schröder im *Wahlkampf 1998*, das Ressort des Familienministerium verantwortungslos als *„Frauen und das ganze andere Gedöns“* gelabelt.

Nun haben wir wenigstens einen Kanzler mit eigenen Kindern und wir wissen längst von seiner Position zwischen 2016 – 2020, als Aufsichtsratsvorsitzender von BlackRock. Der Vizekanzler hat ebenfalls ein Kind mit seiner Frau Lena-S. Müller. Sie ist CEO und Gründerin der NGO, D21 e. V., die sich mit der digitalen Gesellschaft Deutschlands befasst. Sie erhält Millionen Zuschüsse vom Staat. Und was ist mit der jetzigen „Gedöns Ministerin", Frau Karin Prien aus der CDU? Sie unterstützt lieber Männerbünde und schaut auf Jungs, die angeblich in unserer Gesellschaft viel zu kurz kommen würden. Kein Wunder, dass sie sich damit befasst, hat sie doch drei eigene Söhne. So hat sie sich innerhalb ihre kurzen Amtszeit bereits mit drei Männerbünden getroffen.

1. **Bundesforum Männer (BFM).** Als bundesweiter Dachverband für Jungen-, Männer- und Väterarbeit ist das BFM der wichtigste verbandspolitische Ansprechpartner der Ministerin. Am 12. Januar 2026 empfing Prien den Vorstand (Thomas Altgeld und Stephan Buttgereit)…(Quelle: BMBFSFJ)
2. **SKM-Bundesverband e. V. und das Netzwerk „Echte Männer reden.** Am 8. Oktober 2025 trat Prien gemeinsam mit dem katholischen Fachverband „Sozialdienst Katholischer Männer" **SKM-Bundesverband** auf… (Quelle: BMBFSFJ)
3. Prien nimmt an Internationalen Fachorganisationen u. a. mit **Equimundo,** vertreten durch Gary Barker als Hauptredner der Berliner Konferenz und darunter dem ***Schweizer Dachverband männer.ch*** *teil*, vertreten durch den Geschäftsführer Markus Theunert, der ein Dossier zur Konferenz im November 2026

beisteuerte und bereits am 3. März 2026 Gast bei Priens Vernetzungstreffen war. (Quelle: Katholische Hochschule)

4. Frau Prien fällt damit auf, dass sie Jungen und Männer mehr in den Blick nimmt. Sie kritisiert z. B. die Aussage über die „Toxische Männlichkeit“, als zu pauschal.

Die Verbände der Einelternfamilien hat sie noch nicht besucht oder in ihr hohes Haus eingeladen.

Nun sehen wir uns Ihre Sparreform an, die Alleinerziehende betrifft:

Karin Priens neues Vorhaben sieht vor, Alleinerziehenden, die 40.000 Euro im Jahr verdienen, den Unterhaltsvorschuss zu verwehren. Für jedes weitere Kind werden 10.000 € angerechnet. Das spaltet Alleinerziehende in diejenigen, die erkenntlich mehr oder weniger verdienen. Und dass dafür ausgerechnet eine Frau eintritt, kann nur das Machwerk von Männerbünden sein. Sie spaltet Einelternfamilien mit dieser Reform, denn gerade diejenigen, die weniger verdienen, werden sich nicht gegen diese bodenlose Neugestaltung des Unterhaltsvorschuss Gesetzes wehren. Besserverdienende sollten jedoch genauso unterstützt und nicht für ihre „besserbezahlte“ Arbeit bestraft werden. Schließlich haben sie dafür auch mehr gelernt. Die Strafe muss die Unterhaltspflichtigen treffen, die sich Auto, Urlaub und neue Familien nach der Trennung leisten können, den Staat aber auf vielen Millionen Euro jährlich sitzen lassen. 40.000,00 € jährlich sind gerade mal 3.333,33 € brutto im Monat, ohne ein 13-tes Monatsgehalt. Netto fallen so ca. 2.660,00 € ins Gewicht, wenn man 20 % für Sozialabgaben und Steuern abzieht. Das ist kein Reichtum, was da anfällt, bei der jetzigen Inflation. Das ist gerade so viel, um ein benötigtes Auto und einen Urlaub zusammenzukratzen. Ein einigermaßen gesundes Essen ist auch noch drin, will man dem Kind

nicht das schlechteste Essen bieten, was man sich als Bürgergeldempfänger kaufen muss. Und das bei einer 40 h Woche, bei mieser Rentenerwartung.

Karin Prien wird zum Werkszeug der Unterhaltspreller, wer sagt es ihr? Es ist sehr ungeschickt von Karin Prien, denn die Spaltung in der Gesellschaft wird somit weiter vorangetrieben und sie trägt daran mit Schuld. Die einen atmen auf und die anderen werden vom Staat im Stich gelassen. Kurzum, obwohl Alleinerziehende die zukünftigen Steuerzahler ernähren, bleiben sie wieder mal die Dummen. Sie müssen nun eine noch riesigere Last allein schultern. Eigentlich sollte doch ein ganzes Dorf ein Kind erziehen, Frau Prien!

Kommen wir zu den Unterhaltsschuldnern:

Sie sind diejenigen, die dem Staat auf der Tasche liegen. Sie tun teils so, als könnten sie den Unterhalt und den Unterhaltsvorschuss nicht zahlen. Das Geld wird aus Sicherheitsgründen direkt an Alleinerziehende gezahlt. So sieht es deswegen aus, als belasten die Alleinerziehenden und deren Kinder den Staat. Das ist aber eine Lüge, denn es ist nur eine Lücke, die vorübergehend geschlossen wird. Der Staat borgt dem Unterhaltspflichtigen zinslos Geld, was direkt an den Gläubiger, hier das Kind, ausgezahlt wird. Der Staat hätte die Aufgabe, das Geld vom Unterhaltspflichtigen zurückzuholen, denn er ist ebenfalls Gläubiger gegenüber dem Schuldner mit dem zinslosen Darlehen, das aus Steuergeld entliehen wird. Aber da dem Staat unser Steuergeld egal ist, gibt es keine anständigen Instrumente, um das Geld zurückzuholen. Hier wäre ein Inkassodienst das mindeste, was erwartbar sein sollte. Außerdem müsste der Unterhaltsvorschuss verzinst werden, damit das Inkassounternehmen tätig werden kann.

Im Bund betrug der zinslos vorgestreckte Unterhaltsvorschuss, für die Schuldner im Jahr 2024, insgesamt **3,2 Milliarden Euro,** der Bund trägt davon **40 %**, das sind **1,28 Milliarden Euro**, den Rest zahlt je das Bundesland selbst. In Berlin wurden im Jahr 2024 von den Schuldnern gerade mal lächerliche **14 %** zurückgeholt. Das ist es, was Karin Prien tun sollte, die **1,28 Milliarden Euro** aus dem Jahr 2024, zurückholen, dann funktioniert es auch mit dem Haushalt, Herr Kanzler Merz! Aber nein, lieber geht man auf die Schwächsten los, obwohl die Familie explizit lt. GG Art. 6, geschützt werden soll.

Kommen wir zu den Wahlen in Berlin.

Die Koalitionsverhandlungen sind u. E. nur auf die Einkünfte der Abgeordneten ausgerichtet. Man fragt sich wirklich, warum die SPD mit Herrn Krach, gegen den derzeit in Hannover wegen des Verdachts der Vorteilsnahme ermittelt wird, ausgerechnet in Berlin mit der ehemaligen SED, verhandelt. Die SED hatte 28 Jahre lang eine Mauer aus Beton durch Berlin gezogen. Sehen Krach und der Grünen Kandidat Graf nicht, dass zumindest die Ur-Berliner diese Verhandlungen nicht ertragen können? Wie Geschichtsvergessen kann man sein? Die Wahl hat die Nachfolgeorganisation der SED - „Die Linke“, vor allem mit 16-Jährigen, nichtvollgeschäftsfähigen Personen gewonnen, die zwar noch keinen Kreditvertrag unterzeichnen, aber über ein ganzes Bundesland mit 4 Millionen Bürgern, bestimmen dürfen, geht`s noch? Das ist der eigentliche Skandal in Berlin!

Das Schlimmste kommt erst noch, denn wir verlieren mit der dritten Industriellen Revolution, Arbeitsplätze, Steuereinnahmen und Sozialabgaben an die K I. Das bedeutet zukünftig wird es kaum noch Beiträge für die Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung und für die Pflegeversicherung geben. Darum

müssen Politiker, Beamte, Selbstständige und die K I sofort in die Sozialkassen einzahlen. Und nein, das Argument „das sind zwei völlig verschiedene Systeme“ zieht nicht mehr! Auf jeden Fall bedarf es einer Reform, in der nicht Alleinerziehende, deren Kinder und Familien die Verlierer sind. Vielmehr müssen sich Reformen an alle richten, um den sozialen Frieden zu wahren. Auch Beamte, Politiker, Selbstständige und Tech-Riesen wie Amazon; Uber; Taobao; Xianyu; Alibaba Group; Microsoft; Apple und so weiter… müssen ihren Teil leisten.

1. ***Daher fordern wir sofort eine Reform des Bruttoinlandsprodukts***, worin Carearbeit abgebildet wird. Sorge- oder Carearbeit wird fast ausschließlich von Frauen geleistet und ist Arbeit. Sie muss im Bruttosozialprodukt der Länder, als Arbeit monetär sichtbar werden. Schon **1985** hat **Heiner Geißler** auf dem 33. Bundesparteitag der CDU in Essen, diesen Vorschlag eingebracht.
2. ***Arbeitszeitreformen die sich an Familien orientieren.*** Keine Arbeitszeit über 40 h, längere Arbeitszeiten sind unredlich und nach Kant, Marx, 1848 und den Eltern des Grundgesetzes verwerflich, Herr Merz! Außerdem darf gute Kinderbetreuung nicht nur ein Versprechen bleiben.
3. ***Eine Krankenkassenreform*** der Gesetzlichen Krankenkassen (GKV’en): Privatversicherte müssen ab Dezember 2026, für die Nutzung aller öffentlichen Geräte und Räumlichkeiten eine Abgabe in Höhe von 25,00 Euro im Quartal, an die GKV‘en zahlen. Auch Beamte, Politiker, Selbstständige und die K I müssen in die GKV‘en einzahlen. Überdies müssen die GKV’n auf 11 reduziert werden, damit die Beiträge nicht weiterhin an 92 Vorstände verschwendet werden, sondern den Patienten zugutekommen.

Für die Vorstandsgehälter würden jährlich im Schnitt mind. ca. 26.220.00,00 € eingespart.

4. ***Eine Rentenreform:*** Kinderlose werden ab 40 Jahren mit Zusatzbeiträgen versehen. Beamte, Politiker, Selbstständige und die K I zahlen solidarisch ein.
5. ***Sonstige Sozialkassen:*** Beamte, Politiker, Selbstständige und die K I müssen in die Arbeitslosen- und Pflegekassen mit einzahlen.
6. ***Die Abschaffung von den Euphemismen „Diäten“ und „Pensionen“.*** Es muss Gehälter und Rente heißen.
7. ***Die Halbierung der Gehälter von Politikern*** im Bundestag, in den Landtagen, Kreisen, Gemeinden und in der Bundespräsidententätigkeit.
8. ***Gleichbehandlung*** von Arbeitern, Angestellten und Beamten in der Höhe der Rentenbezüge. Alle oder Keiner 70 %! Derzeit liegt der Schnitt bei Beamten bei einer monatlichen Rente von 3.400 €, bei Arbeitern und Angestellten bei 1.200 €.
9. ***Zurück zur Rente mit 60 bei Müttern.*** Es war sinnvoll, Frauen besonders zu schützen und früher in Rente gehen zu lassen. Ihre Körper sind anders als die der Männer.
10. ***Finger weg von Leistungen, die die Familie betreffen.*** Wenn eine Person mitversichert werden muss, dann bleibt das so.
11. ***Ehegattensplitting abschaffen*** und ein Equal-Tax einführen.

Wir wollen keine Kriege, beenden wir sie!

Unzählige Alleinerziehende werden derzeit durch Kriege zwischen Russland und der Ukraine, zwischen Israel und Palästina, zwischen Iran und ihrer eigenen Bevölkerung und den USA geschaffen. Wir liefern Kampfpanzer, die sich wie gefährliche Tiere anhören, Leopard, Gepard

und Marder. Kriege geben die Berechtigung zur Jagd auf Menschen mit Mördermaschinen. Die Kriege werden eine Welt mit Alleinerziehenden hinterlassen. Wir machen da nicht mit und fordern das sofortige Ende aller Kriegsaktivitäten aller Beteiligten und Stopp aller Waffenlieferungen. Wir wollen keine weiteren Kriegsopfer. Wir wissen alle doch, wer gewinnt! **Seid friedenstüchtig und nicht kriegstauglich!**



Gemälde von Otto Dix

Zum Abschluss unsere Tipps, zum Verhalten bei Behörden! Suchen Sie sich Unterstützung, gehen Sie nicht allein zum Jugendamt oder in andere behördliche Stellen, während oder nach der Trennung. Nehmen Sie Freunde mit, schreiben Sie Protokolle „oldschool“, mit Durchschlag und lassen Sie sich dieses unterschreiben oder fertigen sie zumindest Gedächtnisprotokolle nach dem Behördengang an. Schreiben sie das, was Sie dort erleben, sofort auf, damit wichtige Details nicht in Vergessenheit geraten.

Übrigens denken Sie immer daran, die Mitglieder im Bundestag, in den Landtagen, Gemeinden oder Bezirken, sind Ihre Angestellten, die durch Ihr Steuergeld bezahlt werden und

Steuergeld ist euer Geld !!!

Bilden Sie Bündnisse, Nehmen Sie Ihr Schicksal selbst in die Hand!

Unterhalt ist Ehrensache!





Machen Sie mit und besuchen Sie uns vor Ort am Alexanderplatz, an der Weltzeituhr. Immer am letzten Samstag des Monats, 13.00 – 15.00 Uhr

Grundgesetz:

Artikel 6 (4) GG Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.

Artikel 6 (5) GG Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

F R A U

L E B E N

F R E I H E I T



Text und Gestaltung: Wendula Strube
2809 IDSP - Internationale Tag Alleinerziehender Deutschland e. V. • www.Internationaler-Tag-Alleinerziehender.de • info@Internationaler-Tag-Alleinerziehender.de

Wer Aaahhhh sagt muss auch Bezahlen! - Unterhalt ist Ehrensache!